

2

1Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2Der Landesparteitag möge beschließen:

3

4Finanzierungsstopp für die Jacobs University

5

6Wir erkennen die Bedeutung der Jacobs University Bremen für die Bremi-
7sche Wissenschafts- und Forschungslandschaft sowie ihre Rolle für den
8Standort Bremen-Nord an. Für sämtliche öffentlich geförderte Hochschulen
9im Land Bremen müssen allerdings dieselben Voraussetzungen gelten, ins-
10besondere muss das Bremische Hochschulgesetz Anwendung finden. Wir
11fordern daher:

12 ♣ Die SPD setzt sich dafür ein, dass keine weiteren Mittel vom Land Bremen an die Jacobs
13 University Bremen (JUB) fließen.

14 ♣ Es sollen weder vom Senat noch von der Bürgerschaft weitere Zusagen bzgl. finanzieller
15 Unterstützung der JUB gemacht werden.

16 ♣ Es soll geprüft werden, ob die JUB bei Bedrohung ihrer Existenz in die öffentliche Hand
17 überführt werden kann.

18 ♣ Im Falle einer solchen Überführung in die öffentliche Hand muss für die JUB, wie für
19 jede andere Bremer Hochschule, das Bremische Hochschulgesetz gelten. Eine Bevorzu-
20 gung der JUB gegenüber der anderen Hochschulen in Hinblick auf die finanzielle Aus-
21 stattung, die Betreuungsrelation und die Qualität von Forschung und Lehre darf es nicht
22 geben.

23

24Begründung:

25

26Die Jacobs University Bremen (JUB) hat seit ihrer Gründung als International University an die
27200 Millionen Euro an Mitteln vom Land Bremen erhalten. Nun musste sie sich erneut an den
28Senat wenden, damit dieser ihr unter die Arme greift. Dies zeigt: das Finanzkonzept der JUB
29ist - wie auch schon an anderen privaten Unis in Deutschland - gescheitert.

30

31In Zeiten, in denen die öffentlichen Hochschulen chronisch unterfinanziert sind, ist es schlicht-
32weg nicht vermittelbar, eine private Hochschule, die nach der Anschubfinanzierung im Jahr
332001 nie wieder Unterstützung brauchen sollte, weiter durch Staatsgeld am Leben zu erhalten.
34Wo Studierende an Uni und Hochschule Bremen auf dem Boden sitzen müssen oder gar Veran-
35staltungen aus Personalmangel ausfallen, ist die Förderung einer privaten Uni mit einer Profes-
36sorInnen-Studierenden-Quote von 1:16 (diese würde erst aus der Umsetzung der Forderungen
37des Senats resultieren - die Universität Bremen bspw. hat eine Betreuungsrelation von ca. 1:70)
38nicht mehr zu erklären. Deswegen ist der Fluss öffentlicher Gelder an die JUB einzustellen.

39

40Gleichzeitig sollte die Perspektive der Studierenden und MitarbeiterInnen der JUB nicht über-
41sehen werden. Eine sofortige Insolvenz der JUB hätte nicht absehbare Folgen für sie, was für
42uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht hinnehmbar ist. Ebenso muss der posi-
43tive Einfluss auf den Standort Bremen Nord durch die JUB berücksichtigt werden, der durch
44eine Schließung wegfallen würde. Eine Schließung ist aus diesen Gründen - wenn möglich - zu
45vermeiden.

46

47Deshalb sollte geprüft werden, ob es möglich ist, die JUB in die öffentliche Hand zu überfüh-
48ren. Dadurch wäre das Land Bremen zwar in der Rolle, die JUB finanzieren zu müssen, hätte
49aber dafür auch die Kontrolle, da die JUB sich an das Bremische Hochschulgesetz halten müss-
50te, was sie bisher als Privatuni nicht tun muss, und würde durch Zielvereinbarungen die Ver-
51wendung öffentlicher Zuwendungen kontrollieren. Zudem könnten so Arbeits- und Studienplät-
52ze sowie der positive Einfluss auf den Standort Bremen Nord erhalten werden, die durch eine
53Schließung gefährdet wären.